

Wechsel an der Spitze des VR



LUKB An die Spitze der Luzerner Kantonalbank (LUKB) soll erstmals eine Frau treten: Der Generalversammlung vom 12. April wird die bisherige Verwaltungsrätin Doris Russi Schurter als neue Verwaltungsratspräsidentin und Nachfolgerin des zurücktretenden Mark Bachmann vorgeschlagen.

Wie die LUKB mitteilte, gehört die selbstständige Anwältin Russi Schurter dem Verwaltungsrat seit 2010 an und präsidiert derzeit den Prüfungsausschuss. Die rund 61-Jährige sitzt zudem in verschiedenen Verwaltungsräten, darunter bei der Airline Swiss, bei den Helvetia Versicherungen, der Swissgrid und der LZ Medien Holding.

Der derzeitige Verwaltungsratspräsident Mark Bachmann tritt nach zwölf Jahren im Gremium ab, sechs Jahre hat er das Gremium präsidiert. Seinen Rücktritt begründet er in der Mitteilung damit, dass die optimale Tätigkeit in einem Verwaltungsrat bei «acht bis zwölf Jahren» liege. Die maximale Amtszeit für einen LUKB-Verwaltungsrat liege bei 15 Jahren.

Neu in den Verwaltungsrat gewählt werden soll zudem der Unternehmer Stefan Portmann. Der rund 50-Jährige ist als professioneller Verwaltungsrat darunter bei Calida, Stöckli Swiss Sports oder bei Flaschenpost Services tätig. Von 2004 bis 2014 arbeitete er als Mitinhaber in führenden Positionen beim Luzerner Modehaus Schild.

Die weiteren Mitglieder des LUKB-Verwaltungsrats stellen sich der Wiederwahl. Das Gremium wird damit aus acht Personen bestehen. sda

Nein zum «Milliardenbschiss am Mittelstand»



SP An ihrer Delegiertenversammlung vom Mittwoch in der Stadt Luzern fassten die Delegierten der SP Kanton Luzern die Parolen für die nationalen Abstimmungen vom 12. Februar 2017. Sie lehnen die USR III und den Nationalstrassenfonds ab und sagen Ja zur erleichterten Einbürgerung für die dritte Ausländergeneration.

Nein zur Unternehmenssteuerreform

SP-Nationalrätin und Wirtschaftspolitikerin Prisca Birrer-Heimo (Bild) warnte vor den Folgen einer Annahme der Unternehmenssteuerreform: «Wie teuer die USR III wirklich wird, wissen wir nicht, sie sei eine Blackbox. Schon bei der USR II hat sich der Bundesrat um mehrere Milliarden verschätzt, es droht erneut ein böses Erwachen». Die Delegierten folgten Birrer-Heimo und lehnten die Vorlage einstimmig ab.

Ja zur erleichterten Einbürgerung

Die Vorlage zur erleichterten Einbürgerung wurde von Ylfete Fanaj, Fraktionschefin im Kantonsrat, vorgestellt. «Es braucht ein unbürokratisches und effizientes Verfahren, weil es um Menschen geht, die faktisch schon längst Schweizer sind», stellte Fanaj klar. Auch hier folgten die Delegierten einstimmig der Referentin.

Nein zum Nationalstrassenfonds

«Die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat aus einem ausgewogenen Verkehrsfonds ein einseitiges Strassenbauprogramm gemacht», argumentierte SP-Vizepräsident Daniel Gähwiler. Eines, das die Allgemeinheit pro Jahr 600 bis 700 Millionen Franken koste. Trotz punktuellen Verbesserungen überwiegen die finanziellen und verkehrspolitischen Nachteile. Die Delegierten fassten einstimmig die Nein-Parole. pd/WB

Klares Ja zur Steuerreform

FDP Die Delegierten der FDP Kanton Luzern fassten in Littau dreimal die Ja-Parole zu Abstimmungen vom 12. Februar.

Als erste Vorlage hatten die Delegierten über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) zu befinden. FDP-Kantonsrat Guido Bucher (Flühli) stellte die Vorlage vor. In seinem Referat betonte er, dass die Schweiz eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur brauche, die unser vielfältiges Land verbindet. Eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur sei Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft und Gesellschaft. Die Schiene verfüge bereits über einen unbefristeten Fonds zur Finanzierung der Infrastruktur. Nun würden mit dem NAF auch die notwendigen Investitionen in den Ausbau und Erhalt der Strasseninfrastruktur sichergestellt. Resultat sei ein tragfähiges Schweizer Verkehrsnetz, in welchem sich Schiene und Strasse sinnvoll ergänzen würden. Die Delegierten fassten mit 186:6 Stimmen die JA-Parole.

Ja zur erleichterten Einbürgerung

Kantonsrat Charly Freitag (FDP, Bernmünster) präsentierte die Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration. Freitag wies in seinem Referat unter anderem auf die klaren Kriterien hin, welche für die erleichterte Einbürgerung bestünden. So sei eine erleichterte Einbürgerung nur für Personen unter 25 Jahren möglich, die in der Schweiz geboren wurden und in der dritten Generation in der Schweiz lebten. Zudem müssten sie einer Lan-



FDP-Nationalrat Albert Vitali warb erfolgreich für die Unternehmenssteuerreform III. Foto zvg

dessprache mächtig und integriert sein. Daneben müssten sie über einen einwandfreien Leumund sowie gesunde Finanzen verfügen. Die Delegierten folgten den Ausführungen von Charly Freitag und fassten mit 121:68 die Ja-Parole.

Arbeitsplätze versus Steuerausfälle

Die Vorlage zur Unternehmenssteuerreform III wurde kontradiktorisch durch FDP-Nationalrat Albert Vitali (Pro) und SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo (Kontra) vorgestellt. Albert Vitali sagte in seinem Referat, dass die Steuerreform die Grundlage bilde, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Ein Ja sichere alleine bei den international tätigen Unternehmen über 150 000 Arbeitsplätze. Diese Unternehmen seien zugleich aber auch wichtige Auftraggeber von Zulie-

ferern aus dem Gewerbe. Gerade die Schweiz, die vom erfolgreichen Zusammenspiel von KMU und Grossunternehmen geprägt würde, sei auf einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort angewiesen. Kontra-Rednerin Prisca Birrer-Heimo wies in ihrem Referat vor allem auf befürchtete Steuerausfälle hin und eine steuerliche Mehrbelastung des Mittelstandes. Am Schluss fassten die Delegierten mit 164:24 Stimmen die Ja-Parole.

Freitag und Gerber als Wahlkreispräsidenten verabschiedet

Am Ende der Versammlung wurden die beiden zurückgetretenen Wahlkreispräsidenten, Charly Freitag, Wahlkreis Sursee, und Ruedi Gerber, Wahlkreis Entlebuch, verabschiedet und verdankt. bh/WB

Ja zum Wirtschaftsstandort

CVP Die Delegierten der CVP Kanton Luzern sagen dreimal Ja zu den Abstimmungsvorlagen vom 12. Februar.

Parteisekretär Rico De Bona zeigte zu Beginn der Beratungen auf, dass sich hinter dem Unternehmenssteuergesetz III eine hohe Komplexität verbirgt. Sowohl bei den Gegnern wie bei den Befürwortern der Vorlage stehe der Mittelstand im Zentrum. Die Auswirkungen würden allerdings unterschiedlich beurteilt.

«Zwingend notwendig»

Nationalrat Leo Müller (CVP, Ruswil) zeigte auf, dass das internationale Recht die Schweiz zu diesen Steuergesetzesmassnahmen gezwungen habe. Ohne Anpassung würden Milliarden von Steuereinnahmen auf dem Spiel stehen. Im Weiteren seien Zehntausende Arbeitsplätze bedroht. Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Statusgesellschaften sei in der Schweiz enorm, seien doch über 150 000 Arbeitsplätze direkt betroffen. Zusammen mit den indirekt betroffenen Stellen gehe es Richtung 250 000. Die Entwicklung der Bundeseinnahmen bestätige, dass der Bund von diesen Unternehmen stark profitiert habe, so Müller. Mit der Unternehmenssteuerreform III könne die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten werden. Hierzu müsse das Unternehmenssteuersystem angepasst werden. Dies basiere aber auch auf einer Gegenfinanzierung. Mit der Erhöhung des Kantonsanteils bei der direkten Bundessteuer profitiere der Kanton Luzern direkt von dieser Steuerreform. Ein Ja zu dieser Vorlage, so Müller, sei für den Arbeitsstandort und den Wirtschaftsstandort Schweiz zwingend notwendig.

«Untaugliche Lösung»

Die Unternehmenssteuerreform III sei eine untaugliche Lösung, so Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo, (SP, Rothenburg). Es sei unbestritten, dass die Privilegien abgeschafft gehörten,

aber die Art und Weise der Umsetzung sei untauglich. Es würden neue Steuerprivilegien und -schlupflöcher geschaffen oder einfach ersetzt. Konzerne und Aktionäre profitieren von der USR III und der Bund habe Milliarden-Ausfälle zu beklagen, so Birrer. Steuern seien längst nicht der wichtigste Standortfaktor der Unternehmen. Die Unternehmenssteuern seien im Vergleich mit anderen Ländern schon heute in der Schweiz tief. Niemand wisse genau, wie hoch die durch die USR III verursachten Ausfälle sein werden. Gemäss Birrer-Heimo seien es aber sicher 2,7 Milliarden pro Jahr. Es gelte, diese Vorlage abzulehnen, da bei einer Zustimmung der Steuersenkungswettbewerb weiter angeheizt werde. Es bleibe genügend Zeit für eine ausgewogenere Vorlage.

Die Delegierten unterstützten die Vorlage mit 136 Ja zu 65 Nein (18 Enthaltungen).

Solide Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Der Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) ermögliche eine langfristige, nachhaltige, solide Verkehrsinfrastrukturfinanzierung in der Schweiz. Insgesamt würden jährlich rund drei Milliarden Franken zur Verfügung stehen, so Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (CVP, Luzern). Sie wies darauf hin, dass mit diesem Fonds mittelfristig auch die Verkehrsprobleme rund um Luzern entschärft werden könnten. Es gelte aber auch, den Unterhalt und den Betrieb der bestehenden Strassen zu sichern. Der neue Fonds sei eine Zwilling-Vorlage zur bereits genehmigten FABI-Vorlage. Nebst den grossen Agglomerationen würden auch die Land- und Bergregionen gestärkt, so Gmür. Der Erlös der Autobahnvignette fliesse neu zu 100 Prozent in den Fonds. Eine Erhöhung des Vignettenpreises stehe nicht zur Diskussion. Ein Ja zu diesem Fonds sei auch ein Ja für die KMU-Betriebe, seien doch eben diese Betriebe auf eine gute Erschliessung angewiesen.

Für pragmatische Lösung bei IPV

Parteipräsident Pirmin Jung forderte in seinem Begrüssungswort alle politischen Kräfte auf, aus Verantwortung für den Kanton einer Steuererhöhung zuzustimmen. Er verurteilte «das unnötige und destruktive Budgetreferendum 2017», dessen einziges Ziel es sei, Probleme zu bewirtschaften. Aus Verantwortung gegenüber dem Kanton gelte es aber nun, in der Finanzpolitik einen Schritt nach vorne zu machen. Es gelte, in einer breiten Allianz die Mehrheitsbeschlüsse des Kantonsparlaments im Hinblick auf die kommende Volksabstimmung vom Mai 2017 gegenüber

der Luzerner Bevölkerung zu vertreten», ergänzte Fraktionschef Ludwig Peyer (Willisau). Im Weiteren sagte Peyer, dass die CVP-Fraktion eine pragmatische Lösung im Hinblick auf die Auszahlung bei der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) unterstütze. Um in Zukunft auf solche Situationen gewappnet zu sein, müsse der Budgetprozess aber deutlich vorgezogen werden. Damit der Kanton Luzern wieder ein verlässlicher Partner wird, werde sich die CVP-Fraktion entsprechend einsetzen, so Peyer. DB/WB

Ja zur erleichterten Einbürgerung

Zum Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration beschloss der Parteivorstand vorgängig mit 28 Ja zu 11 Nein (1 Enthaltung) ebenfalls die Ja-Parole. DB/WB



Die Nationalräte Franz Grüter (links) und Andreas Glarner. Foto rs

Gegen erleichterte Einbürgerung

SVP Kantonalpräsident Franz Grüter durfte 123 Delegierte der SVP Kanton Luzern in Schenkon begrüßen. Seine Eröffnungsansprache war ganz dem Referendum gegen die Steuererhöhung gewidmet. Nicht nur draussen gehe eine frostige Bise. Die Regierung von Luzern suche einen Schuldigen und mache die SVP verantwortlich, dass die Prämienverbilligung nicht ausbezahlt werden könne, sagte Grüter. Man müsse aber bedenken, dass es gerade die FDP und die CVP in den eigenen Händen gehabt hätten: Bei einer Zustimmung zum obligatorischen Referendum wäre die Steuerfrage bereits am 12. Februar vom Volk beantwortet worden, sagte Grüter. Aber die beiden Parteien hätten die SVP bei Eis und Kälte Unterschriften sammeln lassen. Die SVP tue das – das sei ihr demokratisches Recht. Weitere Unterschriften müssten aber noch gesammelt werden. «Wir stehen gut da, aber zurück in die warme Stube dürfen wir noch nicht», so Grüter zu den Delegierten.

«Ausländer bürgern Ausländer ein»

Die Parolen wurden schnell beschlossen. SP-Kantonsrätin Ylfete Fanaj (Luzern) hatte zum Thema «erleichterte Einbürgerung der dritten Generation» einen schweren Stand. Sie hoffe einfach, dass es sich nach ihren Argumentationen der eine oder andere nochmals überlege. Die Delegierten hatten aber mehrheitlich ihre Meinung bereits gebildet. So hatte Nationalrat Andreas Glarner (AVP, AG) leichtes Spiel. «Die dritte Generation und die Linken wollen in der Schweiz nicht mitgestalten, sie wollen die Schweiz umgestalten», sagte Glarner. Die Einbürgerung mache man ihnen jetzt schon leicht. In seinem Kanton Aargau werde jetzt schon jedes Einbürgerungsgesuch durchgewinkt. Demokratie müsse geübt sein. Die Gemeinden wollten wissen, mit wem sie zusammenleben. Also habe der Bürger der Gemeinde auch das letzte Wort, so Glarner. «Wenn wir so weitermachen, werden bald Ausländer andere Ausländer einbürgern. Dann haben wir den Salat», sagte der Nationalrat. Die Delegierten folgten seinen Empfehlungen mit 121 Stimmen gegen 2 Enthaltungen.

Ja zum NAF

Etwas schwieriger hatte es SVP-Nationalrat Felix Müri (Emmen) bei der Abstimmung für den Nationalstrassenfonds (NAF). Dass es nicht der gleich grosse Topf wie bei der Milchkuh-Initiative werde, sei klar. Diese Abstimmung habe die SVP leider verloren sagte Müri. «Aber lieber diesen NAF als einen Strassen-Infarkt». Wenn ein Handwerker zum Kunden fahre, so sei er 90 Minuten im Stau und 30 Minuten an der Arbeit. «Das ist der Untergang für jeden KMU-Betrieb», so Müri. Nach verschiedenen Voten aus dem Publikum konnte der Nationalrat die Delegierten mit 105 Ja zu 12 Nein und 6 Enthaltungen überzeugen.

Einstimmig für die USR III

Als Präsident der Finanzsubkommission I stellte Franz Grüter das Geschäft Unternehmenssteuerreform III gleich selber vor. Die Armut stehe am Anfang der Eidgenossenschaft. Der Wohlstand gründe auf guten Rahmenbedingungen durch ein liberales Arbeitsgesetz. Der wirtschaftliche Erfolg sei aber nicht zuletzt auch eine Folge attraktiver Steuern. Diesen müsse man Sorge tragen, forderte Grüter. Schlussendlich nütze es niemandem in der Schweiz, wenn die grössten Steuerzahler das Land verlassen. Gerade für den Kanton Luzern bringe die Unternehmenssteuerreform III nur Vorteile. Die Delegierten folgten Nationalrat Grüter einstimmig. rs/WB